

Initiativantrag zum Kreisparteitag am 18. Dezember 2014

DIE LINKE im Kreis Wesel spricht sich gegen Erhöhungen der Grundsteuer B aus

DIE LINKE im Kreis Wesel spricht sich gegen Erhöhungen der Grundsteuer B aus und fordert ihre Mandatsträger*innen in den Gemeinde- und Stadträten auf, sich entsprechend gegen solche Erhöhungen, die zu Lasten der Mieter*innen gehen, zu positionieren.

Begründung: Die Dringlichkeit ergibt sich aus der kürzlichen Zustimmung der Linksfraktion Voerde zur Grundsteuer B-Erhöhung.

Der Schuldenstand der Bundesrepublik betrug Ende letzten Jahres etwa 2 Billionen Euro. Auf die Kommunen entfielen davon etwa 134 Mrd. Euro.

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts der Wirtschaft betrug das private Nettovermögen der reichsten 10 % der Deutschen etwa 6 Billionen Euro – es ist also dreimal so hoch, wie die Schulden des Bundes, aller Länder und aller Kommunen zusammen gerechnet.

Das hat Gründe! Das Vermögen der Reichen wächst wie die Schulden der öffentlichen Hand.

Wir haben in Deutschland also keinen Geldmangel, sondern ein Verteilungsproblem!

Die Sanierung öffentlicher Haushalte wird nicht durch noch so viele Sparmaßnahmen möglich sein.

2020 werden wir den großen Gesetzesbruch erleben, weil die selbstauferlegte Schuldenbremse nicht eingehalten werden kann. Das Land NRW nimmt in 2015 fast 2 Mrd. Euro neue Schulden auf.

Die stetige Zunahme von Sozillasten, die den Kommunen im Land und somit auch im Kreis Wesel auferlegt werden, zwingen die Städte und Gemeinden sich neue Einnahmequellen zu sichern die zu Lasten der Bürger*innen gehen. Bei einer Erhöhung durch die Grundsteuer B, werden nicht nur Besitzer*innen von Einfamilienhäusern zur Kasse gebeten, sondern eben auch am Ende die Mieter*innen, da die Kosten der Erhöhung auf diese umgelegt werden.

DIE LINKE im Kreis Wesel wird sich an solch einer Politik die zu Lasten der „kleinen Leute“ geht nicht beteiligen und stellt sich konsequent gegen diese Maßnahmen der Rathäuser.

Wir fordern eine kohärente linke Politik von der Gemeinde bis zum Kreis und werden Initiativen stärken, die dahingehen dass das sogenannte Konnexitätsprinzip (Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen) thematisiert wird.